

# links



Klartext zur Politik  
im Kanton St.Gallen  
www.sp-sg.ch  
September 2021 Nr. 3

## Editorial

In ihrer Abschlussrede an unserem Parteitag brachte es **Mattea Meyer** auf den Punkt: Vielfalt ist nicht nur eine Floskel, sie ist eine Systemfrage.



Von SP-Partei-  
präsidentin **Andrea  
Scheck**, St.Gallen

Man setzt sich nicht für Frauenrechte ein, indem man Burkas bekämpft und Frauen bevormundet – sondern indem man mehr Gelder für den Betrieb von Frauenhäusern einfordert. Man fördert die Inklusion von Menschen mit Migrationshintergrund nicht, indem man sie gnädig einmal auf eine Wahlliste setzt – sondern indem man ihre Mitsprache in der Gesellschaft durchsetzt. Man sorgt nicht für die Gleichstellung von queeren Menschen, Menschen mit einer Behinderung oder Beeinträchtigung, Menschen ohne Geld und allen anderen marginalisierten Gruppen, indem man leere Floskeln ins Parteiprogramm schreibt – sondern indem man die gesamte Funktionsweise unserer Gesellschaft in Frage stellt.

Als Partei der Solidarität steht die SP seit jeher für Vielfalt: vor über 50 Jahren mit dem Kampf für das Frauenstimmrecht, heute mit der Forderung nach politischen Rechten für Menschen ohne Schweizer Pass oder mit dem Einsatz für die Ehe für alle. Und wir wehren uns gegen Entwicklungen, die mehr Ungleichheit schaffen: der drohende Staatsabbau, die ungerechte Besteuerung der Superreichen oder die Verschärfung der kapitalistischen Krise.

Aus all diesen Gründen hat das neue Redaktionsteam von «links» Vielfalt als Thema für seine erste Ausgabe gewählt und zeigt, wie integral diese Vielfalt für unsere politische Arbeit in allen Bereichen ist.

*Andrea Scheck, Präsidentin SP Kanton St.Gallen*

## Inhalt



Bild: Dan Kamm

7

- 2 Interview LGBT+**  
Treffpunkt Otherside in St.Gallen
- 4 Ehe für alle**  
Allererste Demo in Nesslau
- 5 Klima**  
Mit Klimafondsinitiative gegen Kollaps
- 6 Ausblick Parteiprogramm**  
Andrea Scheck wagt Visionen für den Kanton
- 7 Parteitag**  
Politik der Vielfalt
- 8 Abschied Ralph Hug**  
Ein Vierteljahrhundert links
- 10 Afghanistan**  
Unbürokratische Aktionen sind gefragt
- 11 Europa**  
Debatte zur Schweiz in Europa vorantreiben
- 12 Stempelsteuer**  
Unterschriften gegen Abschaffung der Stempelsteuer
- 13 Autobahnausbauten**  
Zeitgemässe Lösungen für zeitgemässe Mobilität
- 14 Lesetipp**  
Paul Rechsteiner empfiehlt «Kapital und Ideologie»

# «Als Transmensch fühle ich mich von der Politik»

*An jedem zweiten Dienstagabend wird das charmante St.Galler Szenenbühl-Quartier noch ein wenig bunter. Dann findet jeweils der Otherside-Treff Menschen aus der Ostschweiz. Joel Müller hat die beiden Gründer\*innen*



Von Joel Müller,  
Vize-Präsident  
SP St.Gallen

An einem sommerlichen Dienstagabend treffe ich die beiden St.Galler\*innen Sylvie Keller (23) und Fabian Marcionetti (22) zum Interview. Die beiden haben den Otherside-Treff im November 2018 gegründet. Bevor im Laufe des Abends ungefähr zehn Menschen verschiedener Generationen, verschiedener Geschlechter und verschiedener sexueller Orientierungen zusammenkommen, erkläre mir die gelernte

Coiffeuse Sylvie Keller, die sich als lesbisch liebend bezeichnet, und Fabian Marcionetti, der im Herbst ein Studium in Sozialer Arbeit anfängt und vor einigen Jahren seine Geschlechtsangleichung begann, warum sie den Otherside-Treff gegründet haben.

*links: Wie seid ihr auf die Idee gekommen, den Otherside-Treff zu gründen?*

Sylvie Keller: Mein Impuls war, dass es in St.Gallen keinen Safe Space für queere Menschen gab und ich einen solchen während meines Coming-out-Prozesses schmerzlich vermisst habe. Deshalb dachte ich mir: Dann gründe ich eben selbst einen solchen Treffpunkt. Fabian kannte ich schon aus der Berufsschule und wusste, der passt gut dazu.

Bald darauf hätten sie die Einweihungsparty im «Buena Onda» gefeiert; ein Lokal, das sie ausgewählt hatten, da dort grundsätzlich eine positive Atmosphäre herrsche. Auf ihre Anfrage habe das Lokal sofort positiv reagiert. An der Einwei-

hungsparty sei die ganze Bar bis auf den letzten Platz und darüber hinaus gefüllt gewesen. Ein unvergesslicher Abend. Seit diesem gelungenen Start würden regelmässig rund zehn bis fünfzehn Personen am Treff teilnehmen.

*links: Ihr erreicht mit dem Otherside-Treff queere Menschen aus der ganzen Ostschweiz. Was sind die Themen, die diese Menschen bewegen?*

Sylvie Keller: In erster Linie sind es die Themen, über die queere Menschen sonst nicht gut reden können und für die sie hier einen sicheren Raum haben. So besprechen die Transmenschen beispielsweise wie eine Geschlechtsangleichung abläuft. Es ist auch einfach cool zu wissen, sich nicht outen zu müssen, wenn ich beispielsweise von meiner Freundin spreche.

Fabian Marcionetti: Oft stehen private Themen im Zentrum und es entstehen Freundschaften. Ob über die Arbeit oder das Sexleben: Es wird über alles geredet. Keller: Derzeit ist natürlich auch die Abstimmung über die Ehe für alle ein grosses Thema, da sich einige der Teilnehmenden in Lokalkomitees für ein Ja engagieren.

Marcionetti: Bei uns Transmenschen ist diese Abstimmung weniger ein Thema, da sie uns weniger betrifft.

*links: Mit eurer Gruppe schafft ihr auch grosse Sichtbarkeit für queere Menschen in der Ostschweiz, so habt ihr auf Instagram über 700 Follower\*innen. Welche Botschaften wollt ihr vermitteln?*

Keller: In erster Linie möchten wir die Treffs bewerben. Es ist aber auch eine

Möglichkeit, um politisch Einfluss zu nehmen bei Themen, die LGBT+ Menschen betreffen, und um Sichtbarkeit für queere Themen zu schaffen – auch für nichtqueere Menschen.

Marcionetti: Wir sind selbst nicht diejenigen, die politische Aktionen starten, aber wir können sinnvolle Projekte – wie beispielsweise Kampagnen für die Ehe für alle oder die Anti-Diskriminierungsstrafnorm – unterstützen.

*links: Der Kanton St.Gallen ist bekannt dafür, eher konservativ zu sein. In der Stadt mag dies weniger extrem sein. Fühlt ihr euch mit dem Projekt in der Stadt St.Gallen wohl?*

Keller: Ja, grundsätzlich schon. Insbesondere bei den jüngeren Generationen geht es schon vorwärts. Klar gibt es überall Homophobie, ausser vielleicht in New York City, aber alles in allem sind wir hier zufrieden.

Marcionetti: Bei Transthemen ist es schon immer noch schwierig. Da funktioniert vieles auf mehreren Ebenen noch nicht. In der Stadt St.Gallen versuche ich meinen Beitrag zu leisten, indem ich immer wieder an Aufklärungsprojekten wie der «Living Library» teilnehme.

*links: Aber fühlst du dich trotzdem wohl in der Stadt St.Gallen?*

Marcionetti: Ja, in der Stadt schon, allerdings nur in der Stadt (lacht).

Keller: Als queere Person besteht halt immer eine gewisse Grundvorsicht, wenn man negative Erfahrungen gemacht hat.

Marcionetti: Ja, das ist wahr, leider gehören negative Erlebnisse zum Alltag von queeren Menschen.

# h nicht gehört

nelokal «Buena Onda» im Linsen-  
side-Treff statt – ein Treff für queere  
nnen zum Gespräch getroffen.



Bild: links

Fabian und Sylvie vor dem «Buena Onda», wo jeweils jeden zweiten Dienstagabend der Otherside-Treff stattfindet.

*links: Die Kampagne der Gegner\*innen der Ehe für alle kann verletzend sein. Wie geht ihr damit um, wenn eine breite Öffentlichkeit darüber diskutiert, ob euch die gleichen Rechte zugestanden werden sollen wie heterosexuell liebenden Menschen?*

Keller: Ich habe gelernt zwischen meiner Person und meiner Sexualität zu differenzieren. Klar ist meine Sexualität ein Teil von mir, aber ich bin viel mehr als nur meine Sexualität. Wenn also Menschen homophob sind, haben sie nur etwas gegen meine Sexualität, nicht aber etwas gegen mich als Person. Ich musste lernen das zu trennen, weil ich mich ansonsten dauernd angegriffen fühlen würde.

Marcionetti: Ich kann dazu weniger sagen, da es mich nicht direkt betrifft. Während die Ehe für alle für die meisten Menschen einigermaßen greifbar ist, sind Transsthemen für viele Menschen völlig unbekannt. Ich will gar nicht damit anfangen, was das für ein Aufruhr war bei der Anti-Diskriminierungsstrafnorm, als Transmensen einfach rausgestrichen wurden.

*links: Falls die Ehe für alle angenommen wird, sind noch nicht alle Ziele zur Gleichberechtigung erreicht. Welches sind für euch die wichtigsten Punkte, für die ihr euch weiterhin einsetzt?*

Marcionetti: Das Thema Trans muss endlich angegangen werden. So ist beispielsweise das Gesundheitswesen noch überhaupt nicht auf Transmensen ausgerichtet. Ich habe schon von einem Fall gehört, bei dem ein Transmann von einem Frauenarzt abgelehnt wurde, weil dieser nur Frauen behandeln wollte. Der Transmann muss aber seine weiblichen Geschlechtsorgane auch kontrollieren können! Weiter braucht es endlich Schutz für Transmensen, denn wir dürfen weiterhin öffentlich diskriminiert werden. Wir sind also gesetzlich nicht geschützt und weitestgehend unsichtbar. Wer weiss zum Beispiel, was bei einer Hormontherapie genau geschieht?

Keller: Bei lesbischen Frauen ist es ein grosses Thema, dass für die Samenspende auch nach der Abstimmung nicht die gleiche Rechtslage gilt betreffend Her-

kunft der Samenspende. Ansonsten finde ich, dass sich vor allem im Schulsystem noch viel ändern muss. Die Aufklärung an den Schulen ist oft immer noch sehr heteronormativ. Queere Themen kommen bestenfalls am Rande vor.

*links: Abgesehen von der Abstimmung über die Ehe für alle: Fühlt ihr euch von der Politik gehört?*

Marcionetti: Ich bin jetzt sehr pessimistisch, aber als Transmensch fühle ich mich überhaupt nicht gehört von der Politik.

Keller: Es kommt darauf an, beispielsweise von Maria Pappa fühle ich mich sehr gehört. Sie hat immer ein offenes Ohr für unsere Anliegen.

Marcionetti: Ja, sie ist supercool!

*Liebe Sylvie, lieber Fabian – vielen Dank für das Gespräch.*



Bilder: Hannes Sturzenegger

# Das Toggenburg bekennt Farbe

Am Samstag, 21. August, fand in Nesslau die allererste Demonstration überhaupt statt: Rund 200 Teilnehmende demonstrierten für ein Ja zur Ehe für alle.

Die bunt gekleideten Teilnehmenden zogen durch das Dorf am Fusse der Churfürsten und setzten ein Zeichen für die Rechte von queeren Menschen auf dem Land und für ein Ja zur Ehe für alle. Nebst dem Demonstrationszug überzeugte die Veranstaltung durch hochkarätige Redner\*innen: Zu Gast waren SP-Nationalrätin Barbara Gysi, FDP-Präsident Raphael Frei, Grüne/GL-Ständerat Mathias Zopfi und die Slam-Poetin «die queere Frau aus dem Toggenburg». Der St.Galler Liedermacher Simon Hotz hat die Kundgebung musikalisch begleitet.



# Mit der Klimafondsinitiative gegen den Kollaps

*Erst der Regen, dann die Zerstörung: Der Klimawandel zeigt sich als neuer Normalzustand in greifbarer Nähe. Das hat uns der Sommer 2021 eindrücklich vor Augen geführt.*

Die schockierenden Bilder der Hochwasserkatastrophe in Deutschland vor einigen Wochen hallen immer noch nach. Die Lebensgrundlage tausender

Menschen wurde innert weniger Minuten weggespült. Während weltweit schon wieder Wälder brennen oder wie bei unseren nördlichen Nachbarn ganze Dörfer in den Fluten untergehen, ist die Schweiz dieses Jahr noch einmal an der ganz grossen Katastrophe vorbeigeschrammt. Noch. Denn

das Fatale am Klimawandel ist nicht, dass es ein paar Grad wärmer wird, sondern dass die Wahrscheinlichkeit für Extremwetterereignisse mit jedem Zehntelgrad signifikant ansteigt. Die Hochwasser und der «nasseste Sommer aller Zeiten» in der Schweiz werden also zweifelsfrei durch den Klimawandel ausgelöst. Forschende der «World Weather Attribution»-Initiative (WWA) haben dazu eine erste wissenschaftliche Analyse vor-

gelegt. Die Studie der WWA zum Starkregen in Westeuropa im Juli dieses Jahres kommt zum Schluss, dass sich die Wahrscheinlichkeit für solche extremen Regenfälle durch den menschengemachten Temperaturanstieg um das 1,2- bis 9-Fache erhöht hat. Auch die Intensität der extremen Niederschläge, sprich die Regenmenge, ist demnach zwischen 3 und 19 Prozent gestiegen. Die Forschenden warnen davor, sich von dieser grossen Bandbreite ihrer Ergebnisse dazu verleiten zu lassen, die Folgen der Klimaerwärmung zu unterschätzen. Die Richtung sei eindeutig. Auch die Wiederkehrzeit für solche Ereignisse wird massiv kürzer. Wollen wir also nicht irgendwann in einem Strudel von Naturkatastrophen gefangen sein und uns nur noch von Krise zu Krise hangeln, müssen wir jetzt etwas ändern.

## **Entschiedenes Handeln ist gefragt**

Für uns als JUSOs gibt es keine Alternative zum entschiedenen Kampf gegen die Klimakatastrophe. Genauso wichtig ist es dabei, dass die SP geschlossen an unserer

Seite steht. Die Klimafondsinitiative ist vielleicht nicht die Massnahme, die wir gerne hätten, aber genau die Massnahme, die wir brauchen. Die Initiative schafft ein Gefäss, um all die Beträge zu bezahlen, die in den nächsten Jahren unweigerlich anfallen werden. Wir können damit fossile Heizanlagen durch klimaneutrale Systeme ersetzen, Gebäude energetisch fit machen, die Stromgewinnung durch erneuerbare Energien ausbauen, klimaschonende Mobilität vorantreiben und gezielte Massnahmen zur Reduktion des Energieverbrauchs fördern. 100 Millionen Franken erscheinen auf den ersten Blick als viel. Sieht man nun aber die Kosten, die allein dieses eine Hochwasser in Deutschland verursacht hat, wird schnell klar, dass die richtigen Massnahmen weniger kosten werden als die Beseitigung der Schäden der Klimakrise. Machen wir endlich unserem Blockade-Parlament und unserer mutlosen Regierung Beine. Wir müssen gemeinsam den klimapolitischen Stillstand verhindern und brauchen deshalb die Klimafondsinitiative der SP.



Von Moritz Rohner,  
Juso, SP Stadt  
St.Gallen



Bild: Klimastreik St.Gallen

Die Klimakrise endlich anerkennen und entsprechend handeln – regelmässig fordert dies der Klimastreik.



Bild: Dan Kamm

Am Vielfaltsparteitag am 26. Juni wurde Andrea Scheck mit 76 von 79 Delegiertenstimmen zur neuen Präsidentin und somit zur Nachfolgerin von Max Lemmenmeier gewählt.

# Blick nach vorn

Am diesjährigen Parteitag wurden die Weichen für die nächsten Jahre der SP St.Gallen gelegt. Parteipräsidentin Andrea Scheck reflektiert die Positionen der Partei und wagt Visionen für die SP im Kanton.

## **Eine Wirtschaft, die den Menschen dient**

Die SP kämpft für eine Wirtschaft, in deren Zentrum der Mensch und seine Bedürfnisse stehen, nicht die Dividendenausschüttung. Wir fordern griffige Massnahmen gegen die Lohn- und Vermögensschere sowie einen kantonalen Mindestlohn und Gesamtarbeitsverträge.



Von Andrea Scheck,  
SP-Parteipräsidentin  
St.Gallen

Ebenfalls setzen wir uns für bessere Arbeitsbedingungen ein – besonders in der Pflege, im Detailhandel und bei Berufsformen, die von der Prekarisierung bedroht sind.

## **Mehr Steuergerechtigkeit**

Die SP kämpft für eine Finanzpolitik, die den gesellschaftlich erarbeiteten Reichtum rückverteilt, den Service public stärkt und nachhaltige Innovationen fördert. Um die Coronakrise zu bewältigen, bitten wir die grössten Unternehmen und höchsten Vermögen zur Kasse, zum Beispiel mit einer progressiven kantonalen Vermögenssteuer. Ebenfalls setzt sich die SP für einen kantonalen horizontalen Finanzausgleich ein, bei dem Gemeinden mit hoher Steuerkraft ihren Beitrag zum Funktionieren des Kantons leisten.

## **Globale Klimagerechtigkeit**

Die SP kämpft für eine CO<sub>2</sub>-neutrale Wirtschaft und Gesellschaft bis 2030. Wir fordern mit der Klimafonds-Initiative die Schaffung eines kantonalen Fondsfonds von 100 Millionen Franken aus

dem besonderen Eigenkapital, um Projekte für den Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft zu realisieren. Dadurch ermöglichen wir eine Energieversorgung, die vollständig aus erneuerbaren Energien gedeckt wird. Um den Energieverbrauch weiter zu reduzieren, müssen der öffentliche Verkehr und der Fuss- und Veloverkehr ausgebaut werden. Zwingend muss die Gesellschaft auch ihre Konsumkultur kritisch hinterfragen und anpassen.

## **Gleichstellung und Inklusion**

Die SP kämpft für die konsequente Gleichstellung aller Menschen und gegen alle Diskriminierungsformen. Wir fordern die statistische Erfassung von Hate Crimes – also Verbrechen, die auf Vorurteilen beruhen – um gezielt gegen Diskriminierung vorgehen zu können. Weiter müssen Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Abbildung der gesellschaftlichen Vielfalt in allen Führungspositionen endlich umgesetzt werden.

Die SP kämpft für Migration und Asyl als Menschenrecht. Dies beginnt bei der Aufnahme von mehr Betroffenen aus Krisengebieten und dem menschenwürdigen Umgang mit Geflüchteten, geht weiter über die rechtliche Gleichstellung – zum Beispiel in Form des kantonalen und kommunalen Ausländer\*innenstimmrechts – bis hin zur massiven Erleichterung des Einbürgerungsprozesses.

## **Eine Gesundheitsversorgung für den ganzen Kanton**

Die SP kämpft für eine qualitativ hoch-

stehende, flächendeckende und bezahlbare Gesundheitsversorgung in allen Regionen, die sich auf die Interessen der Menschen statt auf die Profite konzentriert. Zur Finanzierung dieser Gesundheitsversorgung und zur Minderung des Drucks auf die Kranken wie auch auf die Pflegenden braucht es eine öffentliche Krankenkasse. Bis diese Realität ist, sorgen wir dafür, dass die Prämien für alle Haushalte bezahlbar bleiben.

## **Bildung, Kultur und Medien für alle**

Die SP kämpft für eine kostenlose und lebenslange Bildung als Service public für alle Menschen. Durch Frühe Förderung und gezielte Unterstützung stellen wir die Chancengleichheit für alle Kinder und Familien sicher. Besonders kritisch verfolgen wir die Unabhängigkeit der St.Galler Hochschulen, wenn wirtschaftliche Interessen diese Unabhängigkeit gefährden.

Die SP kämpft für eine zeitgemässe Kultur ausserhalb von Brauchtum und für die Absicherung der Kulturschaffenden. Die Kulturausgaben sollen über einen fixen Anteil des Kantonsbudgets, das sogenannte Kulturprozent, gedeckt werden. Damit setzen wir das Anrecht auf angemessene Entlohnung, Sozialversicherungen und Altersvorsorge auch für selbstständige Kulturschaffende durch.

Die SP kämpft für eine kritische, unabhängige und fundierte mediale Begleitung auf unterschiedlichen Kanälen, um die Qualität, Meinungsvielfalt und Unabhängigkeit der St.Galler Medien zu gewährleisten.

# Parteitag: Politik der Vielfalt

Politik der Vielfalt: So lautete der Name des letzten Parteitag. Es ging darum, ein Leitbild zu skizzieren, das unser Verständnis von Vielfalt abbildet.

Mit der Beschäftigung mit dem Thema Vielfalt wollten wir nichts weniger als einen Stein ins Rollen bringen.



Von Arber Bullakaj, ehem. Vizepräsident SP St.Gallen

Wir wollen eine bessere Vielfalt innerhalb und ausserhalb der SP SG anstossen. Was jedoch am Parteitag verabschiedet wurde, hatte eine lange Vorgeschichte: Für die Erarbeitung des Leitbildes haben wir uns für den inklusivsten Prozess, den die SP SG je für ein Papier verwendet hat, entschieden. Zuerst entstand eine vielfältige Arbeitsgruppe, die wertvolle Erfahrungswerte einbringen konnte. Daraufhin wurde eine Umfrage erstellt und an die Mitglieder versendet. Zum einen wollten wir damit möglichst viel Know-how einholen, zum anderen wollten wir ein repräsentatives Leitbild erstellen. Die Umfragewerte spielten schliesslich bei der Erarbeitung der ersten Version des Leitbildes eine entscheidende Rolle. Letztere haben wir mit interessierten Teilnehmern der Umfrage geteilt, ein weiteres Feedback von diesen eingeholt, und das Leitbild hierdurch nochmals erweitert. Das Ergebnis ist ein Leitbild, das verschiedene Bereiche beinhaltet:

Der erste Abschnitt erläutert unser Verständnis von «Vielfalt» – und zwar innerhalb, wie auch ausserhalb der SP. Jeder Mensch soll unabhängig von Herkunft und Nationalität, Behinderungen, Beeinträchtigungen, Glaube, Hautfarbe, sexueller Ausrichtung, Geschlechtsidentität oder anderen Merkmalen die gleiche Achtung und Akzeptanz erfahren, sowie dieselben Rechte und Pflichten haben. Das bedeutet allerdings nicht, dass alle gleich sind – im Gegenteil. Unter Vielfalt verstehen wir das Anerkennen, Respektieren, Fördern und Feiern der Unterschiedlichkeit aller Menschen. Eben diese Toleranz gegenüber der vorherrschenden Vielfältigkeit ist es, die ein harmonisches Zusammenleben, innovative Denkansätze und Fortschritt versprechen.

In einem zweiten Abschnitt beschreiben wir unsere Vision. Ein Leitsatz, wie

wir Multikulturalität und Vielfalt leben und erfolgreich meistern können. Zum einen erreichen wir unser Ziel durch eine interne Stärkung dieser Vielfalt. Das bedeutet, dass wir eine niederschwellige Partei sind, die allen zugänglich ist. Wir heissen alle willkommen und fördern die Selbstorganisation der marginalisierten Gruppen für die Zusammenarbeit z.B. bei den SP Frauen\*, Migrant-\*innen, Juso, 60+, sowie damit die aktive Gleichstellung aller Menschen. Dieser Prozess beginnt bei der Sprache und mit der Vorbildfunktion der SP, die wir nach aussen tragen. Dies gelingt, indem wir darauf achten, dass Veranstaltungen die gelebte Vielfalt widerspiegeln. Auch bei der Zusammenstellung der Kandidaturen möchten wir darauf achten, dass marginalisierte Gruppen auf der Liste vertreten und deren Listenplätze gefördert werden. Aktuell entsprechen die SP

Mandatsträger:innen leider nicht der gelebten Vielfalt – dies wollen wir durch eine gezielte Förderung in den nächsten Jahren ändern. Damit dieses Thema nicht zum Papiertiger wird, werden wir es bei jedem ordentlichen Parteitag traktandieren, in dessen Rahmen wir Änderungen zum Papier vornehmen können. Wir alle stehen in der Verantwortung die Vielfalt zu leben und zu fördern, die uns so am Herzen liegt: Ein Grundsatz, den wir auch im letzten Abschnitt unseres Leitbildes festhalten.

Die Delegierten verabschiedeten das Leitbild fast einstimmig mit einer einzigen Enthaltung: Ein historischer Schritt, der den Grundbaustein für eine Vielfalts-Strategie der Zukunft gelegt hat.

Alle, die weiterhin an diesem Thema arbeiten wollen, können sich an das SP SG Sekretariat wenden.



Bilder: Dan Kamm

Am diesjährigen SP-Parteitag wurde ein Leitbild zur Vielfalt skizziert.



# Ein Vierteljahrhundert beim links

*Das links der SP Kanton St.Gallen gibt es schon 25 Jahre – auf den Tag hin. Von Anfang an dabei war Ralph Hug. Vor den Sommerferien trat der Autor mit ihm ein Gespräch über die Entstehungsgeschichte und Hintergründe auf.*

«Sparpaket verhindern!», «Endlich soziale Fortschritt dank der SP» oder «Saubere Energie ist möglich». Texte mit solchen und ähnlichen Titeln publiziert das links seit 1996.



Von Guido Berlinger-Bolt, Politischer Sekretär SP Kanton St.Gallen

*Wovon handelte deine erste Geschichte im links?*

Wir begannen das links mit einer Story über den damaligen Regierungsrat und Finanzchef Peter Schönenberger (CVP). Er war der starke Mann in der St.Galler Regierung und ein Hauptverantwortlicher für die kantonale Politik. Unter dem Titel «Das Problem Schönenberger» kommentierten wir seine Sparpolitik kritisch.

*1996 gehörtest du zum Gründungsteam des links. Was waren die Hintergründe? Was machte das links Mitte der 1990er-Jahre nötig und möglich?*

Die Mediensituation verschlechterte sich damals zusehends. Nach dem Ende der SP-Zeitung «Ostschweizer AZ» und auch der CVP-Zeitung «Die Ostschweiz» zeichnet sich ein freisinniges Meinungsmonopol ab, das inzwischen Tatsache ist. Das bewog uns, mit dem Start des links eine wenn auch bescheidene Alternative in der Medienszene zu bieten.

*Wer waren die treibenden Frauen und Männer hinter der Idee einer SP-Zeitung?*

Es war ein Kreis von engagierten SP-Leuten, denen die Verarmung der st.gallischen Medienszene nicht egal war. Aktiv mit dabei waren etwa Walter und Hanne-

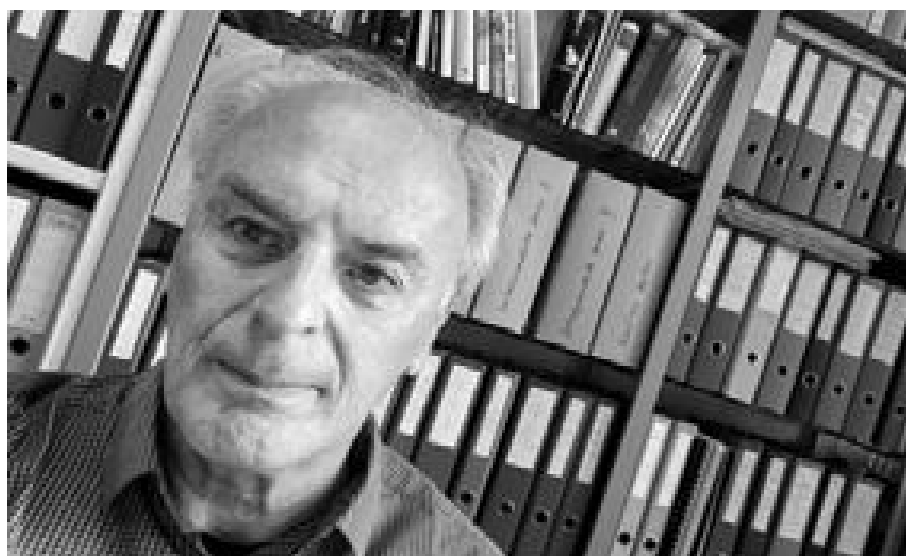


Bild: links

Ralph Hug hat in den letzten 25 Jahren das links massgeblich geprägt.

lore Fuchs, Hans Fässler, Hansueli Baumgartner oder auch Paul Rechsteiner.

*Welche Schwierigkeiten stellten sich am Anfang?*

Wir mussten aus finanziellen Gründen kleine Brötchen backen. Wir produzierten das links all die Jahre mit minimalen Mitteln. Wer schrieb, tat es aus ideellen Gründen. Nur die eigentliche Redaktionsarbeit und das Layout waren symbolisch bezahlt. Von Beginn weg versuchten wir aber nicht nur die SP-Mitglieder, sondern einen weiteren interessierten Kreis von politisch denkenden Leserinnen und Lesern zu erreichen. Daher auch im Untertitel die Bezeichnung «Klartext zur Politik im Kanton St.Gallen». Wir wollten mehr sein als nur ein Partei- und Mitglieder-magazin.

*Gab es so etwas wie einen Moment des Durchbruchs, eine Geschichte oder wohl eher eine politische Phase, während der sich das sozialdemokratisch geprägte Publikationsorgan in der Medienlandschaft etablierte?*

Da wir von Beginn weg Wert auf eine gewisse journalistische und publizistische Qualität legten, aber auch unüblich pointiert formulierten und mit Kritik nicht hintanhielten, wurde das links bald über die Parteigrenzen hinaus wahrgenommen. Unter anderem lag es auch im Kantonsrat auf und wurde dort von den Ratsmitgliedern rege gelesen. Oft war es ein Aufreger, der für Gesprächsstoff und in den bürgerlichen Reihen zuweilen für Ärger sorgte. So war man bald auch beim politischen Gegner gespannt, was im neuen links stehen würde. Da hatten wir



## g genau! Am 16. September 1996 erschien die erste Ausgabe. Journalist aus der Redaktion zurück. Guido Berlinger-Bolt tergründe des links.

gewisse Erwartungen zu erfüllen...

*Wie schätzt du die Anerkennung und die Relevanz des links für die kantonale Politik ein?*

Gäbe es das links nicht, wäre die st.gallische Politik ärmer. Es würde eine kritische Stimme fehlen. Ob sich aber an der Politik etwas ändern würde, sei dahingestellt. Man darf den Einfluss eines Mediums auch nicht überschätzen. Ich glaube nicht, dass politische Manöver im bürgerlichen Lager bloss wegen drohender Publikation im links je unterblieben wären.

*Schafft es das links, im (nicht nur) medienpolitisch schwierigen Ringkanton St.Gallen eine linke Öffentlichkeit, einen linken Diskurs zu führen? Woran lässt sich das messen?*

links kann sichtbar machen, dass ein linker Diskurs im Kanton besteht. Sonst würde er oft totgeschwiegen, bliebe im Mainstream weitgehend unbeachtet oder müsste sich mit den Randspalten begnügen. links kann und will auch die Diskussion im linken Lager befördern. Besonders wichtig wird ein Medium wie das links jeweils in Wahlkampfzeiten. Dann werden in den angeblichen «Forums»-Medien erfahrungsgemäss die Schotten regelmässig wieder dicht gemacht.

*Die Abozahlen des links bleiben seit Jahren konstant. Wie beeinflussten der Siegeszug des Internets anfangs der 2000er-Jahre und die sozialen Medien die Publizistik und das links?*

Schwierige Frage. Heute ist es möglich, mit relativ geringen Kosten qualitativ in-

teressanten Online-Journalismus zu betreiben. Die Linke hat diese Möglichkeit bis heute zu wenig genutzt. Vielleicht ändert sich das mit den neuen Möglichkeiten der Medienförderung, die sich abzeichnen. Hier ergeben sich auch fürs links neue Chancen, online präsent zu sein. Da bin ich gespannt auf innovative Perspektiven.

*Was bleibt für dich persönlich? Was nimmst du aus deiner Arbeit fürs links mit?*

Dass es möglich ist, mit wenig Mitteln und viel Leidenschaft eine politische Publikation herauszugeben, die Relevanz für sich beanspruchen darf. Auf der anderen Seite ist es in den letzten Jahren immer schwieriger geworden, ein Redaktionsteam aufrechtzuerhalten. Ein Zeichen, dass es Veränderungen braucht.

### **Veränderungen im links**

Neben dem langjährigen Redaktor Ralph Hug trat vor den Sommerferien auch die Typografin Hannah Traber aus dem Team des links zurück. Sie hatte seit Ende der 1990er-Jahren das Erscheinungsbild des links gestaltet und war im Lauf der Jahre für mehrere Neugestaltungen, zuletzt 2019, verantwortlich. Ihr gelang es damit, das links der SP SG in einem zeitgemässen Kleid erscheinen zu lassen. Regelmässig erschienen neben Texten unterschiedlicher Autor\*innen auch Bilder von Hannah Traber. Als drittes Mitglied verabschiedete sich Hansruedi Baumgartner aus dem Redaktionsteam. Für die Entstehung der jeweils aktuellen Nummer konzipierte, schrieb, korrigierte und las er während zwei Jahrzehnten. Er prägte das links mit seinem politischen Gespür, seiner mitunter spitzen

Feder, seiner Übersicht kantonaler Themen und seiner tadellosen Orthographie.

Neu wird das links redaktionell von der freien Journalistin Sabrina Rohner betreut. Die Gestaltung übernimmt ab dieser Nummer Iris Graser vom KampaKollektiv.

Ich danke Ralph Hug, Hannah Traber und Hansruedi Baumgartner für ihre grossartige Arbeit während der letzten Jahre. Konstanz, ein klar links kalibrierter politischer Kompass, Tiefgründigkeit, Klugheit und Relevanz waren immer die wichtigsten Leitziele hinter ihrer Arbeit fürs links. Dem neuen Team wünsche ich viel Erfolg für ihre weitere Arbeit für eine linke Öffentlichkeit. (gb)



Bild: Jenny Freeb

Rund 450 Personen nahmen am 21. August am Friedensmarsch in St.Gallen teil.

# Der Unwille von Karin Keller-Sutter

Die dramatischen Ereignisse in Afghanistan erfordern eine unbürokratische Aufnahme von Geflüchteten. Doch die Forderungen der Städte, linker Parteien und der Zivilgesellschaft verhallen. Die Bundesbehörden stellen sich quer.



Von Marco Dal Molin,  
Politischer Sekretär  
SP Stadt St.Gallen

Die Ereignisse in Afghanistan haben sich in den letzten Wochen überschlagen. Die Kontrolle des Landes durch das Regime der Taliban bedeutet für die Zivilbevölkerung, insbesondere für Frauen und Mädchen, eine lebensbedrohende Katastrophe. Bundesrätin Karin Keller-Sutter und ihr Amtskollege Ignazio Cassis machten wenig Anstalten, ein grösseres Kontingent an Menschen aufzunehmen oder humanitäre Visa auszustellen. Wie bei vergangenen Katastrophen zieht sich der bürgerlich dominierte Bundesrat mit dem Verweis auf logistische und rechtliche Hürden aus der Verantwortung. Zuerst müsse die Lage analysiert werden, hiess es.

## **Solidarische Signale aus den Städten**

Dass dazu keine Zeit bleibt, war angesichts der Berichterstattung längst augenfällig. Jeder verstrichene Tag machte es für die Menschen schwieriger, das Land zu verlassen. Gleichzeitig wurde die Kritik lauter. Es waren denn auch die Städte, die sich zum wiederholten Male mit der Forderung an Bundesbern wandten, die Hürden für humanitäre Visa

rasch zu senken und zusätzliche Menschen aus Afghanistan aufzunehmen. Auch der Kanton St.Gallen zeigte sich grundsätzlich bereit, seinen Beitrag zu leisten. Ein Aufruf der SP Schweiz an Bundesrätin Karin Keller-Sutter unterzeichneten bis Ende August über 47'000 Personen. Die Forderung: Die Schweiz soll 10'000 Menschen unverzüglich den Schutzstatus verleihen. Eine Forderung, die SP-Nationalrätin Claudia Friedl an einem Friedensmarsch am 21. August in der Stadt St.Gallen mit über 450 Teilnehmenden eindringlich wiederholte.

## **Handlungsspielräume zu wenig ausgenutzt**

Es ist angesichts dieser Signale – insbesondere aus den Städten – erstaunlich, wie taub sich die zuständige Bundesrätin Karin Keller-Sutter den Appellen gegenüberstellte. Die Verweigerungshaltung und die Ausflüchte in rechtliche Detaildiskussionen sind Ausdruck politischen Unwillens, Handlungsspielräume auszunutzen. Diese Handlungsspielräume bestanden etwa im Bereich des Familiennachzugs – trotz der zweifellos schwierigen und unübersichtlichen Lage in Afghanistan. So hätten unbürokratisch kurzfristig weitere Ausreisevisa ausgestellt werden müssen, um den flüchten-

den Menschen wenigstens eine Chance auf eine Ausreise zu ermöglichen. Wie wenig den Verantwortlichen im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement am Schutz dieser Menschen liegt, zeigt auch, dass noch bis Anfang August Ausschaffungen nach Afghanistan geprüft wurden. Wichtiger als der Schutz der Menschen ist offenbar die Angst vor einer politischen Retourkutsche der Rechtsnationalen.

## **Hohe Hürden für humanitäre Visa**

Mit dem Abzug der letzten US-Truppen aus Kabul Ende August ist ein wichtiger Fluchtkorridor verschwunden. Aktuell sind keine weiteren Evakuierungsflüge geplant. Das Problem: Können die Personen nicht ausreisen, können auch keine humanitären Visa ausgestellt werden. Gesuchsteller\*innen aus Afghanistan sind also gezwungen, den Antrag im benachbarten Iran oder Pakistan einzureichen. Dies ist angesichts der unsicheren Verhältnisse ein überaus gefährliches und potenziell tödliches Unterfangen. Die Forderung der SP bleibt: Die Schweiz muss sich weiter für sichere Fluchtwege einsetzen und die humanitäre Hilfe in den Nachbarländern verstärken. Das ist schwierig, aber nicht unmöglich. Wenn der Wille denn da ist.

# Eine neue europapolitische Perspektive

Die SP Schweiz kämpft seit Jahren für eine solidarische Schweiz in Europa und zusammen mit der europäischen Sozialdemokratie für ein soziales, ökologisches und demokratisches Europa. Die Verhandlungen über ein Institutionelles Rahmenabkommen (InstA) zwischen der Schweiz und der EU wurden leider vom Bundesrat abgebrochen.



Von Rebekka Wyler,  
Co-Generalsekretärin,  
SP-Schweiz

Der von der SP aufgezeigte Lösungsweg – weitgehende Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie durch die Schweiz, im Gegenzug erhält die Schweiz Garantien für einen eigenständigen Lohnschutz – wurde nicht aufgenommen.

## **Weshalb ist das Abkommen gescheitert?**

Das Scheitern des InstA hat auch grundsätzliche Gründe: Die Kombination einer dynamischen Rechtsübernahme – eine faktische Passivmitgliedschaft der Schweiz in der EU – mit der fehlenden politischen Mitsprache grenzt an die Quadratur des Kreises. Real ist die Schweiz tief ins europäische Projekt integriert. Es hätte sicherlich gangbare Lösungen gegeben, doch wurden diese torpediert. Dem Scheitern des InstA liegt erstens der fundamentale Vertrauensbruch der zuständigen FDP-Aussenminister zugrunde, deren Verhandlungsführer\*innen versuchten, die Lohnschutzmassnahmen und den Service public über die Hintertür zu schwächen. Dies nota bene in eklatanter Verletzung des Verhandlungsmandats der Gesamregierung und des innenpolitischen Konsenses! Zweitens hat sich der Bundesrat unter bürgerlichem Druck geweigert, die Position der Schweiz zur Unionsbürgerrichtlinie anzupassen. Und drittens zeigte sich die EU-Kommission insbesondere in Sachen Lohnschutz unflexibel.

## **Beitritt ist bevorzugte Option**

Das Scheitern des InstA markiert zweifellos eine Zäsur. Gleichzeitig ist zu betonen, dass sich die Schweizer Bevölkerung seit den 1990er Jahren immer wieder für den bilateralen Weg ausgesprochen hat. Die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU sind immer tiefer und auch besser geworden. Innenpolitisch fusst die Schweizer Europapolitik auf zwei Elementen: Aussen- und wirtschaftspolitische Öffnungsschritte sind untrennbar mit dem Ausbau sozialstaatlicher Leistungen und dem Schutz von Arbeitsbedingungen und Löhnen verbunden. Europa und Lohnschutz sind somit kein Widerspruch, sondern bedingen sich gegenseitig.

Im Einklang mit unserem Parteiprogramm und der «Roadmap Europa» von Dezember 2016 plädiert die Parteileitung dafür, den bilateralen Weg zu stabilisieren und weiterzuentwickeln. Für die SP Schweiz bleibt der Beitritt die bevorzugte mittelfristige Option. Es gibt keinen Grund, diese Frage zum Tabu zu erklären. Nur Beitrittsverhandlungen können aufzeigen, was ein solcher Schritt für die Schweiz wirklich bedeuten würde. Das europäische Integrationsprojekt ebenso wie der Bilateralismus müssen der Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen in Europa dienen.

## **Europapolitischer Ausschuss gegründet**

Die SP Schweiz ist Teil der Bewegung für das Europa der Menschen. Die SP spricht

sich deshalb auch vorbehaltlos für die zweite Kohäsionsmilliarde aus. Die Zahlung ist Ausdruck der Solidarität und kann die Beziehungen zur EU normalisieren. Wir wollen unsere Beziehungen zur europäischen Sozialdemokratie, zur europäischen Zivilgesellschaft und zu allen progressiven Kräften Europas ausbauen. Vor allem wollen wir die Debatte zur Position der Schweiz in Europa positiv vorantreiben. Deshalb hat das Präsidium der SP Schweiz im Juni 2021 europapolitischen Ausschuss gebildet. Dieser hat unter dem Vorsitz von SP-Vizepräsident Jon Pult die Aufgabe, eine Bestandsaufnahme aus sozialdemokratischer Sicht vorzunehmen, eine Aktualisierung der europapolitischen Positionierung der SP Schweiz vorzubereiten und zu evaluieren, welchen Beitrag wir zu einem sozialdemokratischeren Europa leisten können. 2022 werden die Ergebnisse den zuständigen Gremien und dem Parteitag vorgelegt.



Bild: Unsplash

Den bilateralen Weg stabilisieren und weiterentwickeln – für die SP nicht die einzige Option.

# SP ergreift Referendum gegen Abschaffung der Stempelsteuer

In der Sommersession hat das Parlament einen milliarden-schweren Steuerabbau für die Grossunternehmen und -verdiener gestartet. Dies in einer Zeit, in der die Schweiz zur Bewältigung der Corona-Krise über 30 Milliarden Franken ausgegeben hat, um Wirtschaft und Betriebe zu schützen und die medizinische Versorgung sicherzustellen.

Im Schatten der Pandemie versucht die bürgerliche Mehrheit einen Abbau bei den Stempelsteuern durchzudrücken.

Doch das lässt die SP nicht zu. Die Pandemie ist noch nicht vorbei und schon drängen die Bürgerlichen darauf, dass die Corona-Schulden möglichst rasch abbezahlt werden. Es heisst, wir alle müssten den Gürtel enger schnallen, dazu seien Spar-

programme unausweichlich, und zwar auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene. Doch es ist nicht der richtige Zeitpunkt, um zu sparen. Die Sparprogramme treffen wie immer die Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen, und damit auch die Rentner\*innen. Äusserst schäbig ist es deshalb, in dieser Situation Steuererleichterungen für die Reichsten zu fordern, also denjenigen Menschen aus der Bevölkerung, die während der Pandemie oft noch profitieren konnten.

Seit Jahren versucht die FDP die Stempelsteuern abzuschaffen. Aus taktischen Gründen haben die Bürgerlichen jetzt die Vorlage in drei Teilprojekte aufgeteilt, die nun in bewährter Salami-taktik vorgelegt werden sollen. Die FDP kann auf die volle Unterstützung der Mitteparteien bis hin zur SVP zählen: Sie alle lassen sich vor den Karren der Grossverdiener\*innen spannen.

Aktuell geht es um die Abschaffung der Emissionsabgabe bei Kapitalerhöhungen von Unternehmen von über einer Million Franken. Für den Staat würde das einen jährlichen Verlust von rund 230 Millionen ausmachen. In zwei weiteren Schritten soll später das ganze Stempelsteuerpaket abgeschafft werden. Das würde einen Ausfall von jährlich 2.2 Milliarden bedeuten. Dieses Geld würde bei den Reichsten hängen bleiben und im Budget spürbar fehlen. Es wird nun suggeriert, diese Streichung würde den KMUs zugutekommen. Dem ist aber nicht

so, wie selbst FDP-Bundesrat Hans-Rudolf Merz 2005 zur Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital sagte: «Die Nutzniesser wären in erster Linie bei den multinationalen Unternehmen, den Banken, Versicherungen und Holdinggesellschaften zu suchen, nicht aber bei den KMU. Als Massnahme zur Förderung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der KMU vermag die vorgeschlagene Teilaufhebung der Emissionsabgabe nicht zu greifen.» Da ist wohl nicht mehr viel hinzuzufügen.

Die Stempelabgaben sind Steuern des Bundes. Deshalb sind die Kantone nicht direkt an den Einnahmen der Stempelsteuern beteiligt. Indirekt sind sie aber sehr wohl betroffen: Wenn der Bund weniger Geld zur Verfügung hat, kann er weniger Aufgaben übernehmen, die dann an den Kantonen und Gemeinden hängen bleiben. Zudem haben wir mit dem Netto-Null-Ziel in der Klimapolitik ein Investitionsprogramm vor uns, für das wir das Geld dringend brauchen werden.

Noch ist es nicht zu spät, um die Salami-taktik zu stoppen: Mit dem Ergreifen des Referendums hat die SP ein starkes Zeichen ausgesetzt. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates hat soeben beschlossen, vorläufig auf die weiteren Schritte bei der Abschaffung der Stempelsteuer zu verzichten. Es ist also enorm wichtig, dass das Referendum zustande kommt.

## Unterschriften sammeln

Im September müssen die Unterschriften gesammelt werden. Wer mithelfen möchte kann sich hier anmelden:  
[www.stempelsteuer-bschiss.ch](http://www.stempelsteuer-bschiss.ch)



Von Claudia Friedl,  
Nationalrätin SP



Bild: Unsplash

Keine Privilegien für Grosskonzerne: Deshalb jetzt Referendum gegen Abschaffung der Stempelsteuer unterschreiben!

# Zeit für echte Lösungen

*Bund und Kanton investieren in den kommenden Jahren Milliarden in Autobahnausbauten und neue Autobahnanschlüsse in der Region. Doch jede vermeintliche Engpassbeseitigung führt zu neuen Verkehrsproblemen.*



Von Cristina

Bitschnau-Kappeler,  
VCS St. Gallen

Verkehr ist vermeintlich simpel und rational. Es geht um Fahrzeuge, Strassenbau, Schienen und Technik. Es wird gezählt, berechnet, geplant und gebaut. Gibt es heute schon Stau, wo in Zukunft mit mehr Verkehr gerechnet wird, wird ein Ausbau der Kapazitäten geplant und gebaut: Engpass beseitigt. Problem gelöst.

Derzeit sind gleich mehrere Ausbauprojekte bei Bund und Kanton in der Pipeline. In Rorschach und Goldach wird ab 2028 ein Autobahnanschluss sowie eine neue Kantonsstrasse an den See gebaut. Kostenpunkt: 315 Millionen Franken. In der Region Wil soll mit dem Projekt Wil West neben einem zweiten Autobahnanschluss auch ein Industrie- und Gewerbegebiet entstehen. In der Stadt St. Gallen planen Bund und Kanton auf dem Güterbahnhofsareal einen neuen unterirdischen Zubringer für die Stadtautobahn. Bei all diesen Projekten erhoffen sich die Planer\*innen ein schnelleres Vorankommen, einen fließenderen Verkehr und neue Standortvorteile.

## **Ein Engpass führt zum nächsten**

Verkehr ist alles andere als simpel und höchst emotional. Verkehr bedeutet Menschen, die sich in irgendeiner Form bewegen – oder Güter, die bewegt werden. Hinter den Entscheidungen, die diese Bewegungen auslösen, liegen komplexe Verhaltensmuster. Der Fokus eines sogenannten Engpasses ist daher weit komplexer als von Problem A via Massnahme B zu Lösung C zu gelangen. Längst ist bekannt, dass eine Engpassbeseitigung nur eine kurzfristige Lösung darstellt. Mittelfristig führt sie zu Mehrverkehr. Denn einmal an die freie Fahrt gewöhnt, schwinden die Anreize zum Umsteigen auf alternative Verkehrsmittel. Mehr Strassen bringen mehr Verkehr.

Die Lebensqualität heutiger und künftiger Generationen sowie die Bewältigung des Klimawandels müssen gewichtig in die Planung eines Verkehrssystems einbezogen werden. Ohnehin sind Strassenbauprojekte Generationenprojekte. Was heute auf dem Papier geplant wird, kann häufig erst in Jahrzehnten in der Realität befahren werden.

## **Investition in die Vergangenheit**

Autobahnanschlüsse sind eine Investition in die Vergangenheit. In eine Vergangenheit, in der an die Unendlichkeit von Ressourcen geglaubt wurde. Eine Vergangenheit, in der das Auto als Statussymbol galt und mit Freiheit gleichgesetzt wurde. Das Auto hat seine Berechtigung vor allem im städtischen Raum verloren. Das Autofahren noch bequemer zu machen, führt unvermeidlich dazu, dass Menschen Lebensqualität verlieren – gerade diejenigen Menschen, die in der Stadt leben und sich die teuren Wohnlagen nicht leisten können. Autofahren ist

klimaschädlich. Die Verantwortung liegt auch bei der öffentlichen Hand. Der Verkehr, als grösster CO<sub>2</sub>-Emittent der Schweiz, muss zwingend so gesteuert werden, dass er für Umwelt und Mensch tragbar ist. Gerade in St. Gallen besteht bei der Verkehrsplanung noch Luft nach oben: Es wird zum einen viel weniger Velo und gleichzeitig viel mehr Auto als in den anderen grösseren Städten in der Schweiz gefahren. Ein Verkehrswandel braucht Verhaltensänderungen. Das Elektroauto kann die Probleme, die die Priorisierung des motorisierten Individualverkehrs mit sich gebracht hat, nicht lösen. Es braucht echte Lösungen. Diese können bequem realisiert werden. Das darf und muss Geld und Platz kosten. Es ist eine Frage der Priorisierung. Jeder einzelne Ausbau von Kapazitäten für den motorisierten Individualverkehr ist Beweis einer rückständigen Verkehrspolitik, egal ob in Wil, St. Gallen, Rorschach, Gossau, oder sonst irgendwo auf der Welt.

Anschluss Güterbahnhof, Kreuzung Geltenwilenstrasse.



Grafik: Markus Tofano

# Steuerprogression: Eine ausbaufähige Errungenschaft

*An dieser Stelle publizieren wir in Zukunft Lektüreempfehlungen. Den Auftakt macht Paul Rechsteiner mit dem Werk «Kapital und Ideologie» von Thomas Piketty.*



Paul Rechsteiner,  
Ständerat SP

Die Sommerzeit ist auch eine gute Lesezeit. Sie gab mir die Gelegenheit, ein Buch fertig zu lesen, das schon letztes Jahr erschienen war: «Kapital und Ideologie» von Thomas Piketty. Ein Buch von 1300 Seiten ist eine Zumutung. Für einmal aber eine sich lohnende.

Piketty ist ein weltweit führender Ungleichheitsforscher. Schon mit «Das Kapital im 21. Jahrhundert» hatte er einen Bestseller vorgelegt. Mit seinem neuen Buch bettet er die grossen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen geschichtlich ein. Und zeigt gleichzeitig auf, in welche Richtung die Überlegungen gehen müssten, um mehr Gerechtigkeit zu erreichen.

Die Ungleichheit ist nicht einfach technologisch oder wirtschaftlich bedingt. Entscheidend bestimmt wird sie durch politische und ideologische Faktoren, sagt Piketty. Dasselbe gilt für die Kräfteverhältnisse. Diese sind nicht nur materiell, sondern vor allem auch intel-

lektuell und ideologisch bedingt. Die vorherrschenden Ideen und Ideologien sind entscheidend. Was in der Geschichte galt, gilt auch für die Gegenwart und Zukunft.

Piketty holt in der Analyse der Eigentümergesellschaften weit aus, von der Sklaverei bis zu den extremen Ungleichheiten des 19. Jahrhunderts und dem Hyperkapitalismus des frühen 21. Jahrhunderts. Er analysiert die zentrale Rolle des Staates bei der wirtschaftlichen Entwicklung. Und welche entscheidende Rolle die progressive Besteuerung und der Aufstieg des Steuer- und Sozialstaats für die Verwandlung der Eigentümergesellschaften in sozialdemokratische Gesellschaften im 20. Jahrhundert spielte.

Damit sind wir mitten aktuellen Debatten, weltweit, in Europa, in der Schweiz. Der globalisierte digitale Hyperkapitalismus der letzten drei Jahrzehnte hat dazu geführt, dass die Reichen und die Konzerne die Regeln der Besteuerung, oder besser gesagt der Unterbesteuerung, wenn nicht bestimmen, so doch massgebend beeinflussen konnten. Das aber ist keine zwingende

Folge der technologischen Entwicklung, spricht der Digitalisierung und Informatisierung. Die Informatisierung ist, entsprechende politische Orientierungen vorausgesetzt, vielmehr eine Voraussetzung von mehr Steuergerechtigkeit im globalen Massstab.

Der demokratische Wahlsieg in den USA hat Dinge in Bewegung gebracht, die noch vor kurzem unmöglich schienen. Plötzlich sind Entwicklungen wie Mindeststeuern für Unternehmen eine reale Perspektive. Und ein Beispiel dafür, wie schnell eine negative und vermeintlich unabwendbare Entwicklung in Richtung mehr Ungleichheit ins Gegenteil drehen kann.

Für die demokratische Schweiz sind die neuen internationalen Tendenzen im Steuerbereich positiv, wie sich schon beim Fall des Bankgeheimnisses, sprich Steuerhinterziehungsgeheimnisses, gezeigt hat. Darüber hinaus verfügt die Schweiz aber auch im Steuerbereich über Errungenschaften, die sich im internationalen Vergleich sehen lassen. Genau so wie übrigens die über alles gesehen erfolgreiche Verteidigung des Sozialstaats. Zu denken ist etwa an die direkte Bundessteuer und an die international unter Druck geratene Vermögenssteuer: eine wichtige Forderung von Piketty, die ausgebaut und progressiv weiterentwickelt werden müsste.

Die progressive Besteuerung meint nichts anderes als die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Sie ist das Rückgrat eines starken Sozialstaats und eines starken Service Public, der in der Covid-Krise wieder eine grosse Leistungsfähigkeit bewiesen hat.

Die Analysen von Piketty gehören zum Werkzeugkasten für die politischen Auseinandersetzungen, mit denen wir heute und in den nächsten Jahren konfrontiert sind.



Bild: Unsplash

*Märkte, Profite und Kapital sind von Menschen gemacht.*

# Im Dauereinsatz für die soziale Gerechtigkeit

Am 28. August fand in der Olma in St.Gallen der Parteitag der SP Schweiz statt. Nach neun Jahren intensiver Arbeit trat Barbara Gysi aus dem nationalen Parteipräsidium zurück.



Von Guido Berlinger-Bolt, Politischer Sekretär SP Kanton St.Gallen

Barbara Gysi leitete in dieser Zeit die Arbeitsgruppe Wirtschaftsdemokratie. Sie war damit verantwortlich für das Kerngeschäft der Sozialdemokratischen Partei, für die Formulierung der sozialen und nachhaltigen Alternative zum herrschenden Katastrophenkapitalismus. Barbara Gysi konnte hier ihre Stärken voll ausspielen: ihr schar-

fer Intellekt, ihre präzise und in die Tiefe gehende Arbeitsweise und ihre grosse Leidenschaft für Politik.

In ihrer Dankesrede am Parteitag der SPS sprach Co-Präsidentin Mattea Meyer den zweiten Punkt ihrer Arbeit im Vizepräsidium an: «Man spürt, wofür dein Herz schlägt: Es sind die Menschen. Vor allem jene, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Ob Suchtkranke, ob Pflegebedürftige, ob Armutsbetroffene, ob Pflegekinder, ob ältere Personen: Du interessierst und engagierst dich auf-

richtig und mit Dauereinsatz für ihre Anliegen. Du hörst den Menschen in ihrem Alltag zu.» Nebst der inhaltlichen Arbeit hat Barbara Gysi viele weitere Aufgaben für die Partei übernommen – auch Aufgaben, die nicht im Scheinwerferlicht standen, aber unverzichtbar sind für das Funktionieren der Partei waren.

Barbara Gysi wird die frei gewordene Zeit nutzen, die wichtigen Themen in der Gesundheits- und Sozialpolitik sowie St.Galler Themen vorwärts zu bringen.



Bild: Guido Berlinger-Bolt

Barbara Gysi mit Mattea Meyer und Cédric Wermuth am Parteitag der SP Schweiz in St.Gallen

Anzeige

MASSENKÜNDIGUNG PARKETTSCHADEN  
 RENOVATION MIETRECHTSBROSCHÜREN  
 MIETZINSERHÖHUNG RECHTSPRECHUNG  
 HAUSTIERVERBOT MIETZINSSENKUNG  
 WOHNUMGABENABNAHME UNTERMIETE  
 SCHILDFELDRITZ MIETNEBELARM  
 MIEFESTZUKOSTENABRECHNUNG  
 PFEFENINLEBENELLE  
**Der Mietrechtliche Probleme?**  
 BALKONPFLANZEN TOTALSANIERUNG  
 GRABSTÄTTE SCHICHTUNGSSTELLE  
 MIETVERTRAGSÄNDERUNG SCHAFTEN  
 VORWARTUNG LANGKUNDEPARTYLARM  
 KÜNDIGUNG KÜNDIGUNGSFRIST  
 SCHADENERSTREIF ABGABEPROTOKOLL  
 ZUGANGSLEISTUNG NEBELARM  
 METSCHULEN SCHNITTSTREIFEN  
 ERSATZMIETER UNTERHALTSARBEITEN  
 HAFTUNG NACHBARSCHAFTSPROBLEME  
 ZÜGELEISTUNG SPELWIESE  
 NEBELKOSTENABRECHNUNG AUSZUG  
 RÜHEZEITEN TREPPENHAUSREINIGUNG  
 NATGEBER MULLERTRIEFE  
 NACHMIETER MIETERSTRECKUNG  
 BALKONPFLANZEN NEUVERMIETUNG  
**MV**  
 Mieterinnen- und Mieterverband Ostschweiz  
[www.mieterverband.ch](http://www.mieterverband.ch)  
 071 222 50 29  
[ostschweiz@mieterverband.ch](mailto:ostschweiz@mieterverband.ch)  
 ANFECHTUNG MIETZINSHINTERLEGUNG

# Service

*Aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie ist es schwer, Veranstaltungen und Anlässe zu planen. Deshalb werden wir euch weiterhin mittels Newsletter und Internet über künftige Anlässe und Veranstaltungen informieren.*

## **Vorstösse von SP-Politiker\*innen (19. Mai 2021 – 31. August 2021)**

### *Einfache Anfrage:*

Monika Simmler: Gescheiterte Verhandlungen zum Rahmenabkommen: Folgen für den Grenzkanton St.Gallen?

Bettina Surber: Familien in Nothilfezentren: Es besteht Handlungsbedarf

SP-Fraktion: Über alle möglichen Kanäle gegen das BAG schiessen – Bitte von Regierungsrat Stefan Kölliker wirft Fragen auf

Karin Hasler et.al: Ausbauschritte ÖV: ein EC-Stopp weniger im Rheintal

Guido Etterlin: Was wusste die Regierung über die neuen Skandale an der Universität?

Bettina Surber: Corona-Situation: Was wird unternommen,

um eine weitere Welle zu verhindern?

Christoph Thurnherr, Martin Sailer: Wie gestaltet die St.Galler Regierung das Nachfolgekonzept am Spital Wattwil  
SP-Fraktion: Wie viel China steckt in den St.Galler Hochschulen?

### *Motion:*

Katrin Schulthess et.al: Senkung der Kinderarmut durch Einführung von Familienergänzungsleistungen

SP-Fraktion: Volksentscheid umsetzen! Die zusätzlichen 12 Mio. für die IPV einsetzen!

### *Interpellation:*

Daniel Baumgartner, Bernhard Hauser et.al: Platzprobleme in Sonderschulen

Peter Hüppi et.al: Standortfragen zu den landwirtschaftlichen Beratungsstellen

SP-Fraktion: Giftiger Löschaum auch in St.Galler Böden?

SP-Fraktion: Verzögerung Erweiterung und Erneuerung Regionalgefängnis Altstätten: Was sind die Gründe und wann

verbessern sich die Haftbedingungen?

Dario Sulzer et.al: Geschwindigkeitsmessungen als Mittel der Städte und Gemeinden gegen Raser und Autoposer

Dario Sulzer: Zukunft statt Abbau! Gute Pflege braucht Zeit und faire Arbeitsbedingungen: Was tut St.Gallen?

SP-Fraktion: Zukunft statt Abbau: Investition in die Ausbildung von Lehrpersonen

SP-Fraktion: Was macht die Regierung zur Sicherstellung der jugendpsychiatrischen und

-psychologischen Versorgung im Kanton St.Gallen?

SP-Fraktion: Prekäre Lage für Kulturschaffende und Kulturunternehmen

Karin Hasler, Maria Pappa, Katrin Schulthess: AHV-Beitragslücken frühzeitig erkennen und damit Altersarmut entgegenwirken

SP-Fraktion: Spitalimmobilien und Grundstücke: Verkauf überdenken

Katrin Schulthess, Dario Sulzer: Wirksame Massnahmen gegen Kinderarmut

### *Anzeige*



## COMEDIA BUCHHANDLUNG

**Die Genossenschafts-Buchhandlung!  
Feine Auswahl · Guter Service · Faire Preise**

Katharinengasse 20 · 9004 St.Gallen

Telefon 071 245 80 08 · [medien@comedia-sg.ch](mailto:medien@comedia-sg.ch)

[www.comedia-sg.ch](http://www.comedia-sg.ch) · mit E-Shop (auch E-Books)

## Impressum

Klartext zur Politik im Kanton St.Gallen.

Erscheint mindestens 4x jährlich.  
Mitglieder-Magazin der SP des Kantons St.Gallen, Postfach, 9001 St.Gallen,  
Telefon 071 222 45 85, [info@sp-sg.ch](mailto:info@sp-sg.ch)

Redaktion: Andrea Scheck, Guido Berlinger-Bolt, Joel Müller, Marco Dal Molin, Sabrina Rohner  
Layout: KampaKollektiv, Iris Graser  
Druck: Niedermann Druck AG,  
St.Gallen

PRINTED MATTER  
CO<sub>2</sub> NEUTRAL  
by Swiss Climate  
SC2021083101